

DRINGLICHE INTERPELLATION von Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen),
Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen), Jean-
Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), Andrea
Gisler (GLP, Gossau)

betreffend Verantwortlichkeiten bei der Justizdirektion verlangen Aufklärung

Die Regeln eines Gemeinwesens müssen von den rechtsunterworfenen Menschen in ihrer Gesamtheit als gerecht empfunden werden. Andernfalls wird es keinen Bestand haben. Der Justiz – und insbesondere der Strafjustiz – kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Nirgends ist die Einhaltung klarer Regeln wichtiger als hier. Denn hier bestimmt sich, ob und in welchem Ausmass in die Freiheiten eines einzelnen Menschen eingegriffen werden darf.

Wie verschiedene Medien berichten, ist das Ausmass des Datenlecks bei der Entsorgung von Datenträgern in der Justizdirektion wesentlich grösser als bisher angenommen. Es bleibt unklar, inwiefern weitere Amtsstellen und auch Gemeinden davon betroffen sind. Wie den Medien zu entnehmen ist, wurde eine Administrativuntersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnis seit mehr als einem Jahr vorliegen soll.

Ergänzend zur Anfrage 456/2022 stellen sich in diesem Zusammenhang weitere Fragen:

1. Wann und an wen wurde ein Untersuchungsauftrag erteilt?
2. Seit wann liegt das Ergebnis dieses Untersuchungsauftrages vor?
3. Wann und wie umfassend sind der Gesamtregierungsrat und die Geschäftsprüfungskommission über den Untersuchungsbericht informiert worden?
4. Sind die betreffenden Stellen und Personen informiert, deren teilweise hochsensible Daten so an die Öffentlichkeit gelangen können?
5. Wurde alles unternommen, damit allfällige Straftaten (Sorgfaltspflicht, Amtsgeheimnisverletzungen etc.) geahndet werden können, bevor die Verjährung eintritt?
6. Haben oder hatten die Versäumnisse personelle Konsequenzen?
7. Weshalb wurde die Öffentlichkeit nicht über das Ergebnis der Untersuchung informiert?
8. Hat der Regierungsrat einen Überblick über die Menge und Anzahl der Datenträger, die betroffen sind, sowie über den Inhalt auf diesen Datenträger?
9. Wie kann glaubwürdig aufgezeigt werden, dass die vorgenommenen Massnahmen wirklich greifen und aus den verlorenen Daten nicht Backdoor-Zugänge geschaffen wurden, die gar nicht mehr auf den Zugriff auf alte Speichermedien angewiesen sind?
10. Wie kam es, dass die Justizdirektion zunächst falsch über die Dauer des Daten-Abflusses orientiert hat. Zuerst war von 2008 die Rede. Dann von 2006 - 2012. Nun ist den Medien zu entnehmen, dass es von 2000 bis 2014 dauerte. Kann tatsächlich identifiziert werden, wann das letzte Mal Daten verloren gegangen sind, und kann mit 100% Sicherheit ausgeschlossen werden, dass dies nach 2014 nie mehr der Fall war? Was stimmt nun?
11. Gemäss Medienberichten ist das Ausmass der an die öffentlich gelangten Daten extrem gross und die Kommunikation seitens zuständiger Direktion widersprüchlich. Ist es für der Regierungsrat angezeigt weitere Abklärungen zur lückenlosen Aufklärung zu unternehmen?

Martin Hübscher
Yiea Wey Te
Jean-Philippe Pinto
Andrea Gisler

R. Ackermann
A. Bender
S. Bossert
C. Cortellini
N. Fehr Düsel
A. Gantner
L. Habicher
W. Honegger
A. Jäger
J. Kündig
D. Ledergerber
M.R. Marty
A. Müller
D. Rinderknecht
R. Scheck
R. Schmid
C. Stünzi
J. Vannaz
U. Waser
K. Wydler
C. Zurfluh Fraefel

B. Balmer
S. Bienek
Y. Bürgin
P. Dalcher
B. Franzen
I. Garcia
M. Hauser
C. Hoss
K. Joss
T. Lamprecht
S. Lisibach
P. Mayer
C. Müller
R. Rogenmoser
B. Scherrer
S. Schmid
J. Sulser
P. von Euw
T. Weidmann
O. Wyss

U. Bamert
M. Bochsler
R. Burtscher
H. Egli
C. Frei
S. Gehrig
J. Hofer
S. Huber
D. Kläy
V. Landmann
C. Lucek
C. Mettler
U. Pfister
S. Rueff
P. Schick
C. Schucan
M. Suter
E. Vontobel
J. Widler
M. Zeugin

F. Barmettler
D. Bonato
L. Camenisch
M. Farner
B. Frey
U. Glättli
C. Hollenstein
R. Isler
M. Kopp
K. Langhart
C. Marty
K.H. Meyer
E. Pflugshaupt
M. Sanesi Muri
C. Schmid
M. Senn
R. Truninger
D. Wäfler
T. Wirth
C. Ziegler